Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 181 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,03 außer Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 16. April

Anzeigenpreis: Einzige Insertionen je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 60 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Eine Osterbotschaft aus Weimar

Ebert an das deutsche Volk — Der erste Mai als Nationalfesttag gesetzlich festgelegt

Weimar, 15. April.

Reichspräsident Ebert richtet an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft:

Die Nationalversammlung als berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einen Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße diese Kundgebung als Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Frieden dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll, daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein. Die Nationalversammlung und die Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe: Friede, Brot, Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Diese Aufgabe ist schwer zu erfüllen, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerhasses und der Rache beherrschen lassen und durch Hungerblockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir erfüllten die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes, lösten unser Heer auf und gaben die feindlichen Kriegsgefangenen heraus. Aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, sind wir durch die Blockade immer noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit Fortsetzung des Krieges, eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns und für das übrige Europa und letzten Endes auch für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Friedliche Arbeit und Brot für das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes im Kampfe verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volke in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist es unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschheit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine handvoll führender Unruhstifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll ein dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur einer Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Selbstverständlich muß den berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird die Regierung sich immer einsetzen. Aber sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten. Ein schleuniger Friede nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns die Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von dem Frieden und der Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: laßt von der Selbstzerfleischung ab, überwindet euch, tut die Augen vor dem Abarund auf, arbeitet! Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohin Sie auch gehen, während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für den Frieden und für die Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht zuschanden werden.

Die Lösung ist nahe!

Eine Erklärung Wilsons — Am 25. April in Versailles.

Paris, 15. April. (Reuter.)

Präsident Wilson gab gestern abend als Wortführer des Viererrats folgende Erklärung ab: Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, der vollständigen Lösung so nahe gerückt sind, daß sie jetzt schnell durch den erwarteten Prozeß der Fertigstellung des Entwurfes gehen können, beschlossen diejenigen, die am längsten über diese Fragen beraten, anzuraten, daß die deutschen Bevollmächtigten eingeladen werden, mit den Vertretern der assoziierten kriegführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenzukommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratung über alle Fragen, die mit der Regelung des allgemeinen Friedens zusammenhängen, unterbrochen oder daß die Beratung dieser Fragen verzögert wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schnellerer Fortschritt gemacht wird, so daß man augenblicklich auch erwarten darf, daß sie für die Endregelung bereit sein werden. Man hofft, daß man in den Fragen, die Italien am unmittelbarsten berühren, besonders in der adriatischen Frage, jetzt zu einer baldigen Verständigung gelangen wird. Der adriatischen Frage wird zeitlich vor anderen Fragen der Vorrang gegeben und das festländische Problem in sein Endstadium gebracht werden. Was speziell zu dem Vertrag mit Deutschland gehört, würde auf diese Weise erledigt sein, während gleichzeitig alle anderen Regelungen entsprechend formuliert werden. Es wird anerkannt werden, daß, trotzdem dieses Verfahren eingeschlagen werden muß, alle Fragen in der augenblicklichen großen Regelung Teile vom Ganzen sind.

Amsterdam, 15. April.

„Algemeen Handelsblad" wird aus Paris gemeldet, daß die Besetzung des linken Rheinufers zeitlich begrenzt, die Abrüstung des linken Rheinufers dagegen eine dauernde sein wird. Es scheint wieder, als ob englische Truppen sich an der Besetzung beteiligen. Dagegen ist es weniger wahrscheinlich, daß auch amerikanische Truppen daran teilnehmen. Frankreich ist von der Lösung dieser Frage befriedigt, vorausgesetzt, daß daneben noch eine militärische Konvention zu defensivem Zweck zwischen Amerika, England und Frankreich abgeschlossen wird, die in Kraft treten soll, sobald Deutschland sich gegen die Ausführung der Friedensbedingungen auflehnt.

Haag, 15. April.

Aus Paris wird berichtet, daß man die Ankunft der deutschen Delegierten am Donnerstag, den 24. April, erwartet. Die Bevollmächtigten sollen auf eigene Kosten in einem Nebengebäude des Hotels „des Reservoires" wohnen, während ihre Begleiter im Hotel „Vater" untergebracht werden. Sie sollen militärische bewacht werden, damit sie mit keinen fremden Personen in Berührung kommen. Sobald die Bedingungen endgültig feststehen, werden sie den Staaten, die direkt daran interessiert sind, wie Belgien, Polen und den Tschecho-Slowaken mitgeteilt werden. Die anderen alliierten Staaten, die keine gemeinsamen Grenzen mit Deutschland haben, werden die Vorfriedensbedingungen erst in dem Augenblick des Unterschreibens kennen lernen. An dieser Sitzung werden alle Staaten teilnehmen, die mit den Zentralmächten die Beziehungen abgebrochen haben. Man glaubt, daß die Besprechungen nur von kurzer Dauer sein werden und daß die Unterschriften Mitte Mai geleistet sind.

*

Ist der Völkerbund mißglückt?

Rotterdam, 15. April.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris, daß die ganze Pariser Presse der Ansicht sei, daß der Völkerbund als mißglückt zu betrachten sei.

„Het Nieuwe van den Dag" schreibt zur Veröffentlichung der Statuten des Völkerbundes: Dieser Bund sei niemals das, was sein Name bedeute. Er sei kein Bund der Nationen, nicht der Bund, der versprochen worden sei. Der Bund sei ein trauriges Unfähigkeitszeugnis, das die in Paris versammelten Staatsmänner sich selbst ausgeschrieben. In den fünf Monaten seit Abschluß des Waffenstillstandes hätten diese Staatsmänner nichts weiter als Vorschriften fertig gebracht, von denen kein ehrlich denkender Mensch annehmen könne, daß sie bei ernsten Konflikten in Zukunft den Frieden verbürgen könnten, und in denen vorläufig noch die Macht über das Recht gesetzt wird. Dieser Bund sei ein Bündnis zwischen einigen Nationen, die jetzt die Macht in Händen hätten. Es sei daher sehr ärgerlich, daß die Staaten, die im Kriege neutral blieben, jetzt gezwungen würden, an diesem Bunde der Machtstellung der Sieger Beständigkeit verleihen müsse, teilzunehmen, sowohl die Neutralen über die Formen und Einrichtungen des Bundes nur nebenher und der Form halber um Rat gefragt worden seien

Weltfeiertag

Alles Christliche macht den Revolutionären stets Pein; am liebsten möchten sie es mit Stumpf und Stiel ausrotten. Sogar der christliche Kalender, unsere Zeitrechnung, hat einst daran glauben müssen, als die französische große Revolution die Welt umschaffen wollte. Damals wurde der Sonntag abgeschafft, an Stelle der Woche die Dekade gesetzt, also erst an jedem zehnten Tage gab es Arbeitsruhe. Das erwies sich als physiologisch unzuträglich. Der Körper auch der roteste Sansculotten verlangte am siebenten Tage nach Ausspannung und nach dem reinen Hemd. Um die Kräfte der Nation nicht zu ruinieren, mußte also der alte biblische Sonntag wieder eingeführt werden.

Nächst dem Christlichen ist alles Nationale für die Umstürzler ein Pentagramma, ein Drudenfuß, der sie wie den Teufel schreckt. Das Sedanfest der „Mordpatrioten" ist von der deutschen Sozialdemokratie stets bekämpft worden. Nun sind unsere Roten nicht etwa aus Friedensliebe gegen jedes Blutvergießen gewesen, — der alljährliche Geschichtskalender des „Vorwärts" verherrlichte alle Monarchenmorde. Man sieht es auch in unseren Tagen, wie wenig der Umsturz Gewalttaten scheut. Der sogenannte „Kriegsminister" in Sachsen, seines Zeichens ein sozialdemokratischer Agitator, der zwar Bureausoldat in der Heimat, aber nie im Felde gewesen ist, ist ja eben erst von roten Umstürzlern erschlagen worden. Die ganz „echten" Umstürzler, die Bolschewisten, gehen noch bestialischer vor, ermorden unterschiedslos, was ihnen in die Hände fällt. Unsere in Mitau einrückenden Soldaten fanden dort die Leichen zu Hauf; mehr als 300 Familien sind dort abgeschlachtet worden, mit allen Frauen und Kindern, und einer Gräfin Keyserlingk hatte man vorher Arme und Beine abgehackt.

Es ist also ein blutiger Spott, wenn die Sozialdemokratie jetzt gleichzeitig in der preußischen und in der deutschen Nationalversammlung den 1. Mai als „Weltfeiertag" gesetzlich festzulegen beantragt hat. Ursprünglich war die Maifeier eine internationale Demonstration für den achtstündigen Arbeitstag. Der ist in Deutschland durchgesetzt. Das weitere Feiern an diesem Tage wäre also sinnlos. Aber die Sozialdemokratie will immer noch „demonstrieren", will ihre sogenannte Weltanschauung dem übrigen Volke einhämmern und den großen Agitationstag des Umsturzes fortan mit Staatshilfe verewigen.

Da sie weder in Preußen noch im Reiche die Mehrheit hat, konnte sie nicht wagen, die Abschaffung der christlichen Hauptfeste zu beantragen; so will sie denn wenigstens die nationalen Feiern, Sedan und Kaisergeburtstag, durch ihren Mairummel ersetzen. In Bayern hat man auch den 9. November und 7. April zum gesetzlichen Feiertag erklärt, weil an dem einen Tage das deutsche Kaisertum, an dem anderen die bayerische sozialistische Republik, diese zugunsten der kommunistischen, gestürzt worden ist. Hätte die vom roten Wahnsinn ergriffene Heimat nicht unser Feldheer „von hinten erdolcht", hätten wir den Feldzug bis zum nahen Siege durchgehalten, so wäre vielleicht der Tag der Skagerrakschlacht als die große Völkerwende an die Stelle des Sedantages bei uns getreten. Jetzt fehlt nicht viel und man dekretiert, daß wir den schrecklichen Novembermorgen feiern sollen, an dem die deutsche Hochseeflotte unbesiegt und kampflos den Engländern ausgeliefert wurde. Diesen „Weltfeiertag" würde die Entente gern mitmachen; es bedarf nur einer Anfrage.

Der Mehrheit des deutschen Volkes wird man überhaupt schwerlich beibringen können, daß wir Grund zum Feiern hätten. Nicht Feier, sondern Arbeit und Buße tut uns not. Sollte uns wirklich einmal ein roter Festtag aufgezwungen werden, so wollen wir es damit machen, wie es die alte christliche Kirche mit den heidnischen Festen gemacht hat, die zu christlichen wurden. Des deutschen Volkes Bußtag soll es sein. Bis wir eines Tages aus der Schmach wieder erhöht werden und von unserm Grade finden vor dem Weltenrichter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904161-18/fragment/page=0001

Der geheiligte erste Mai

Deutsche Nationalversammlung

Weimar, 16. April.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf betreffend Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertag in der Fassung des sozialdemokratischen Abänderungsantrages in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen in allen drei Lesungen angenommen.

Nach Erledigung einiger Anfragen folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festsetzung des 1. Mai als Nationalfeiertag. Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abgeordneten von Paver (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) eine Aenderung, daß ein allgemeiner Feiertag eingeführt wird, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. Zu diesem Zwecke wird der 1. Mai gefeiert. Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David: Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der den hohen Idealen des internationalen Arbeiterschutzes und des Weltfriedens bewußt sein soll und daß dieser Feiertag ein Weltfeiertag werde. Als geeigneter Tag hierfür wird der 1. Mai in Vorschlag gebracht. Der 1. Mai ist ein uralter Naturfeiertag. Ein hohes Kulturideal soll hineingelegt werden: Die Befreiung von der Frau einer übermäßigen Arbeitszeit, der Voraussetzung eines kulturdaseins. Eine hohe, sittliche Idee wurde mit der Forderung dieser Begrenzung der Arbeitszeit gegründet. Die Arbeit ist für die menschliche Gesellschaft eine ehrene Notwendigkeit. Alle menschliche Kultur beruht auf der Arbeit. Sie ist für jeden einzelnen zum Segen, aber sie darf nicht zum Fluch werden. Die moderne kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bedrohte Millionen von Menschen mit persönlicher Versklavung.

Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlage die Erfüllung ihrer Forderung betreffend die gekürzte Arbeitszeit gebracht, aber die Errungenschaft muß, wie alle sozialpolitischen Forderungen, auch international gesichert werden. Die

wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Völkern

erheischt, daß auch bei den anderen Völkern die gleichen Schritte getan werden. Daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf der Friedenskonferenz. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir befinden uns im Einklang mit der sozialistischen Arbeiterschaft, auch in den Ländern der Entente. Der 1. Mai, bisher ein Kampffeiertag der Proletarierarbeiterschaft, soll nun ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Noch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volke, aber der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte von allen Seiten gefördert und am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Ein in diesem Geiste gefeierter 1. Mai wäre ein Volksfeiertag im edelsten Sinne des Wortes, und noch ein weiteres Ideal soll der 1. Mai, das Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Auch dafür hat die Arbeiterschaft aller Länder seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstriert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Krieg ein welt-wirtschaftliches Mittel zur Austragung von Konflikten zwischen den Völkern ist, und getragen von der Ueberzeugung, daß die Volksmassen in allen Ländern gleichermaßen an der Sicherung des Friedens interessiert sind, hat die Arbeiterschaft die Kriegspredigar und Kriegsinteressenten bekämpft. Tot ist alle Kriegsromantik. (Sehr wahr!) Die Lehre, daß der Krieg ein verjüngendes Schwitzbad für den Volkskörper sei, ist als Lüge enterkannt, auch die Behauptung, daß der Krieg eine sittliche Erneuerung der Volksgemeinschaft herbeiführe. (Sehr wahr bei den Sozialisten.) Das Gegenteil von diesem ist wahr, und zwar

physische Schwächung und eine furchtbare sittliche Verwilderung

sind die Folgen des Krieges. (Lebhafte Zustimmung links.) Kant hatte recht, als er sagte: Daß der Krieg mehr böse Menschen schaffe, als er hinwegnimmt. Die lebende Generation, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg erlebt hat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinder vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Das deutsche Volk ist einig, mit seinem Willen keinen Krieg mehr zuzulassen. Anders steht es freilich noch mit den herrschenden Völkern. Dort sind Machtpolitiker an der Arbeit. Wir sehen ja an der heutigen Nachricht von dem Saarbecken, mit welchem Plan sich unsere Gegner tragen. Gegen solche Pläne protestieren wir einmütig. Würden diese Pläne durchgesetzt, so wäre ein andauernder Weltfriede unmöglich. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens, kann die Gewähr für einen Dauerfrieden geschaffen werden, das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Jetzt ist die weltgeschichtliche Stunde. Der Krieg hat Bankerott gemacht für alle Zeiten.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Wir sind selbstverständlich für soziale und politische Fortschritte, für einen gerechten Frieden und für baldige Befreiung der Kriegsgefangenen. Eine andere Frage aber ist es, ob man dazu einen Feiertag einführen muß, und ob die gegenwärtige Zeit überhaupt dazu geeignet ist. Weite Kreise unseres Volkes sind angesichts der Lage, in der wir uns befinden, der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Bußtag einzuführen, durch den unser Volk auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen wird. Die große Mehrheit meiner Parteifreunde ist nicht in der Lage, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Mit unserem Antrage nehmen wir dem Tage den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Auf welchen Tag wir diese Feier verlegen, behalten wir uns vor. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit. Da kann das ganze Volk selbst zu erkennen geben, welchen Frieden es will. Lieber wäre es uns gewesen, es hätte des Abänderungsantrages nicht erst bedurft. Wir dürfen erwarten, daß unsere Regierung in Zukunft, ehe sie in wichtigen Fragen ihre letzte Entscheidung faßt, die Mehrheitsparteien zur Mitarbeit heranzieht.

Abg. Dr. Külsch (dtschn.): Ich bitte dringend davon abzusehen, den 1. Mai zum National-Feiertag zu erheben. Die Frage des 1. Mai zum National-Feiertag zu erheben. Die Frage des 1. Mai ist letzten Endes eine politische und eine Kulturfrage. Sie kennen unsere Weltanschauung. Sie kennen die Ziele, die wir immer gehegt haben und jetzt noch haben. Ich möchte Sie (nach links) dringend davor warnen, in diesem empfindlichen Punkte uns anzugreifen und zu verwunden, wie es leider schon von der Eröffnung der Nationalversammlung an so oft hier gescheehen ist. Es wirkt auf uns im höchsten Grade erstaunlich, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will. Das Volk kommt aus dem Feiern ja gar nicht heraus. Ein Streik folgt dem anderen. Millionen von Arbeitsstunden, ja von Arbeitstagen werden vergeudet. Ist es wirklich notwendig, in dieser Zeit dem ganzen Volke noch einen Feiertag aufzuzwingen? (Sehr wahr und lebhafte Zustimmung rechts.) Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag (stürmende Zurufe bei den Sozialisten). Wir halten es nicht für angebracht, einen Feiertag einzuführen, schon im Hinblick auf unsere Kriegsgefangenen, die draußen noch im Elend schmachten. Der Vorschlag aber, gerade den 1. Mai als Feiertag zu ernennen, erfährt eine besondere Beleuchtung durch den Antrag der Unabhängigen, auch den 9. November zu einem Feiertag zu machen. Der 9. November mag für manche ein Tag der Freude und des Glückes sein, für uns ist er ein schwarzer Trauertag. Die Absicht, ihn zu einem Feiertag zu machen, bedeutet im Zusammenhang mit dieser Vorlage

eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft.

(Beifall rechts.) Wir wollen uns die Hoffnung nicht rauben lassen, daß es einmal zu einer großen Völkerfamilie kommt, aber sie kann nur aufgebaut werden auf christlicher Grundlage, und bis jetzt haben wir mit dem Internationalismus nur die allerrübsten Erfahrungen gemacht. Sie wollen die ganze Welt verbessern, und können das eigene Haus nicht halten. Jeder christliche Feiertag ist ein Ehrentag für die Arbeit, ein Aufatmen, ein Kräftesammeln für neue Arbeit. Aber aus Wutgedanken heraus gegen unsere christlichen Feiertage soll der 1. Mai gefeiert werden. Die Sozialdemokratie hat hier alle bürgerlichen Parteien gegen sich. Ich weiß nicht, ob in diesem Hause ein christlich denkender Mann für den Antrag stimmen kann. Ich rede nicht, um aufzureizen, ich bitte Sie nur, überspannen Sie den Bogen nicht. („ah" bei den Sozialisten.) Halten Sie Maß. Sie sind jetzt die Sieger, Sie können es nicht bleiben, wenn Sie nicht die Geschlossenheit des Volkes erhalten. Wir lehnen den Antrag ab und bitten Sie, sich auf unsere Seite zu stellen. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den Sozialisten.)

Abg. Haase (U. S.): Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Wird unser Antrag abgelehnt, dann steht die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindlich gegenüber.

Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu machen, erscheint verfrüht. Wenn der Abgeordnete Kölsch die christlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist es mir nicht klar, inwiefern die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Maifeiertag gewidmet sein soll. Ich bitte Sie (nach rechts), üben Sie dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende, die Andersdenkende Ihnen beweisen.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Falle eine Politik treibt, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße. Wir beantragen namentliche Abstimmung, um vor dem ganzen Lande und der ganzen Geschichte festzustellen, wer aus den bürgerlichen Parteien dieser Gesetzesungeheuerlichkeit zustimmt.

Abg. Hildenbrandt (Soz.): Eine Ablehnung der Vorlage würde den innerpolitischen Frieden nicht herbeiführen. Sie würde vielleicht ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Paver-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teiles der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

In der dritten Beratung wird der Antrag Paver-Müller in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausschußfassung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Kaligesetzes. Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis 1. Mai 1920 eine Regelung der Materie durch ein Bundesratsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einarbeitung des Rätesystems in den Kalibau vor. Die Vorlage wird noch kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen. Hierauf verliest Ministerpräsident Scheidemann eine Osterbotschaft des Reichspräsidenten. Der Verlesung folgt Beifall. Das Haus geht dann in die Osterferien. Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Schluß 3 Uhr.

Der Eieraufstand der Heidelberger

Belagerungszustand und Militär

Heidelberg, 15. April.

Infolge Eiermangels entstanden heute Unruhen unter den Frauen. Es kam zu derartigen Tumulten, daß der Belagerungszustand verhängt und Militär herbeigerufen werden mußte. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Am Mittag war die öffentliche Sicherheit wieder hergestellt.

Alles wegen der Ostereier? Eier-Tumulte und Eier-Belagerungszustand, Eier-Offensiven und abgeschlagene Stürme. Die Heidelberger müssen gut gelebt haben, wenn sie die fehlenden Eier in eine solche Wut bringen konnten, die man nur Spartakiden zutraut. Wenn man in Mittelbeutschland wegen des Eiermangels Aufstände inspirieren wollte, dann würde der Belagerungszustand überhaupt kein Ende mehr haben. Die Zeit bringt dem Geschichtsschreiber immer neue Momente. Eine Hungerrevolte ist die Heidelberger Eieroffensive nicht zu nennen. Was ist sie denn? Soll Spartakus hinter den Eiern stecken? Nach der Theorie der Rätediktatur ist jedes Mittel genehm, um seinen Willen durchzusetzen, und da der Hausfrauen Liebe durch den Magen des Mannes gehen soll, so wäre der Gedanke an sich gar nicht absurd und dumm, aus Eiermangel einen Regierungssturz einzuleiten.

*

Der Münchener Bahnhof in Flammen

Heftige Kämpfe um die Herrschaft.

(Von unserem x-Sonderberichterstatter.)

München, 15. April.

Alle heute aus München hierher gelangten Nachrichten besagen, daß sich die Lage von Stunde zu Stunde verschlimmert. In den Straßen tobt ein Kampf zwischen den regierungstreuen Truppen und kommunistischen Soldaten, denen sich annähernd 10000 Arbeiter angeschlossen haben. Die Spartakisten haben den Hauptbahnhof als militärischen Stützpunkt ausgebaut. Um ihn wird ein heftiger Kampf geführt.

Nach Meldungen aus Bamberg schreitet die Aktion der Regierung gegen München erfolgreich fort. Viele große Garnisonen haben sich den Regierungstruppen angeschlossen.

Nach neuen Meldungen ist der Münchener Bahnhof in Brand geschossen und steht in Flammen. Einzelheiten darüber liegen noch nicht vor.

Treu zu Hoffmann

Augsburg, 15. April.

Der bayerische Volksschulverein veröffentlicht eine Kundgebung der bayerischen Lehrerschaft, die sich darin geschlossen hinter die Regierung Hoffmann stellt.

Nach einem Telegramm der Stadtkommandantur Neu-Ulm hat Kempten sich heute der alten Regierung angeschlossen.

*

Gegen die sächsischen Spartakuden

(Von unserem x-Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 15. April.

Die Regierung geht jetzt energisch gegen die Spartakisten vor. In Pirna bei Dresden, das ganz unter dem Einfluß des kommunistischen Lehrers Rühle steht, wurde der Arbeiterrat verhaftet. Weitere Verhaftungen von Kommunisten in Dresden und Leipzig sollen bevorstehen.

Die Bankbeamtenstreiks im Reiche

Hamburg, 15. April.

In den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und Vertretern der Bank- beamtenverbände stimmten die Bankleitungen dem Vorschlage zu, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in bezug auf Kündigungen und Angestelltenfragen von heute ab bis zur Regelung durch Reichstarif, Reichsnotgesetz oder eine für das Reich gültige Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen. Damit kann der Streik der Bankbeamten als abgewendet gelten. In Betriebsversammlungen der Norddeutschen Bank und der Kammerg- und Diskontobank erklärte sich die Mehrzahl der Angestellten gegen den Streik.

*

Das Ende der Wendenherrlichkeit

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Bautzen, 15. April.

Der Wendenführer Barth ist unter Mitnahme einer größeren Geldsumme ins Ausland geflüchtet, nachdem die Staatsanwaltschaft einigen Mitgliedern des Wendischen Nationalausschusses auf der Fährte war.

Keine Rückgabe requirierten Viehes

Wie bekannt, hatten die Alliierten um sofortige Rückgabe der Pferde und des sonstigen Viehes ersucht, das Deutschland während des Krieges Belgien und Frankreich entnommen hat. Sie hatten Musterungen im besetzten und unbesetzten Gebiet verlangt und schließlich um Entsendung eines deutschen Bevollmächtigten nach Brüssel für den 16. April gebeten, der über die Rückerstattung der Tiere verhandeln sollte. Die jetzt in Spaa überreichte deutsche Antwort lehnt diese Forderungen ab. Es wird bestritten, daß Deutschland verpflichtet ist, die in Frankreich und Belgien requirierten Tiere zurückzugeben. Gegen die Musterungen im besetzten Deutschland wird protestiert.

Der neue Ausschuß für die Friedensverhandlungen

Weimar, 15. April.

Der neue Ausschuß für die Friedensverhandlungen hat sich konstituiert. Er setzt sich aus den Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien folgendermaßen zusammen: Fehrenbach (Ztr.), Vorsitzender; Schulz-Ostpreußen (Soz.), stellvertretender Vorsitzender; Dietrich-Potsdam (Deutschn.), Haußmann (Dem.), den Sozialdemokraten: Krätzig, Löbe, Molkenbuhr, Müller-Breslau, Frau Röhl-Köln, Frau Scheller, Schumann, Dr. Sinzheimer, Stock, Vogel, Weis, den Zentrumsabgeordneten: Ehrhardt, Gröber, Dr. Heim, Dr. Mayer-Schwaben, Dr. Spahn, Trimborn, den Demokraten: Falk (Schriftführer), Dr. Hermann-Posen, Dr. Quidde, Freiherr von Richthofen, Dr. Wieland, den Deutschnationalen Volksparteilern: Kraut (Schriftführer), Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, Traub, dem Deutschen Volksparteiler Dr. Stresemann, den Unabhängigen Sozialisten: Geyer-Leipzig, Haase-Berlin.

Proteste in Spaa

Berlin, 15. April.

Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 13. April: Der Vertreter der deutschen Regierung erhob Einspruch gegen die alliierte Mitteilung, vor der Ernennung neuer deutscher Beamter im besetzten Gebiet müsse erst die Zustimmung des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte eingeholt werden. Der französische Vertreter protestierte gegen die Anhaltung von drei Schiffen in Emmerich durch deutsche Zollbehörden. Er erklärte, der Rhein stehe unter der Autorität Frankreichs und die deutsche Regierung habe kein Recht, die Transporte zu verbieten. Die Alliierten hatten der deutschen Regierung mitgeteilt, das im besetzten Gebiet für den Bau neuer Linien befindliche Eisenbahnmaterial, das deutschen Privatgesellschaften gehört, werde als Kriegsbeute betrachtet. Die deutsche Regierung hatte nach der Haager Landkriegsordnung im Rückgabe des Materials erlaßt. Die Alliierten erkennen diesen Standpunkt nicht an. Der deutsche Regierungsvertreter erklärte, die Zumessung von Saargut in linksrheinischem Gebiet könne nur erfolgen, wenn die unbehinderte Ein- und Ausfuhr von Saargut zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Ausfuhr der Erntebesserüsse aus dem besetzten Gebiet zugelassen werde.

Finanzbesprechungen mit Oesterreich

Berlin, 15. April.

Im Auftrage des Reichsministers der Finanzen begeben sich Ministerialdirektor Moesle und Geheimer Oberregierungsrat Trautvetter nach Wien, um an den Sitzungen der dort seit kurzem das Staatsschuldenwesen und die Währungsfrage beratenden Kommissionen teilzunehmen. Es hat sich nach den von der deutschösterreichischen Regierung gegebenen Anregungen als wünschenswert erwiesen, daß ein vorläufiger Meinungsaustausch über die im Deutschen Reiche einerseits und Deutschösterreich andererseits zur Erhebung gelangenden Abgaben stattfindet, um gegebenenfalls eine Ausgleichung zwischen den Abgaben beider Länder vorzubereiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904161-18/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 16 April.

— **Verein für Feuerbestattung in Halle und Umgegend.** In der Hauptversammlung am Montag im „Mitolaus" erstattete der Vorsitzende **Waldstein** den Jahresbericht für 1918. Er führte aus, daß die Tätigkeit auf dem Gebiete der Feuerbestattung im Vereine während des Krieges nicht sehr rege gewesen ist. Dasselbe gilt für das Jahr 1918 im Gegensatz zum laufenden Berichtsjahr. **Im vergangenen Jahre ist vom Hauptverbande der reichsgesetzliche Regelung des Feuerbestattungswesens** angestrebt und eine diesbezügliche Eingabe an den Reichstag gerichtet worden, die aber durch die politische Umwälzung wieder gegenstandslos geworden ist. Man erspricht sich durch die reichsgesetzliche Regelung eine bestehende Erleichterung in der Feuerbestattung. In diesen Tagen hat der Vorstand des preußischen Landesverbandes erneut eine Eingabe an die preußische Nationalversammlung und an den preußischen Minister machen, in der die **Aufhebung sämtlicher Einzelbestimmungen und die Gleichbehandlung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung** gefordert wird. Der Vorsitzende gibt die Richtung der Eingaben bekannt und hofft, daß diese an den maßgebenden Stellen Beachtung finden. — In den Provinzialverbänden hat die Tätigkeit während des Krieges fast völlig geruht, soll diese jetzt wieder aufgenommen werden. — Die Zahl der Krematorien hat sich um eins vermehrt, so daß im Deutschen Reiche gegenwärtig 53 vorhanden sind. Auch in Oesterreich macht sich jetzt ein Fortschritt bemerkbar, indem dort die Feuerbestattung ungestört vor sich gehen kann. Im Jahre 1918 haben 20 Einäscherungen mehr stattgefunden als im Vorjahre, und zwar 16000. In mehr als 80 d. H. sind die Feuerreste im Krematorium abgeholt worden. Seit Gründung der Krematorien sind insgesamt 120 000 Leichen eingeäschert worden. Auch in Halle ist eine wesentliche Steigerung der Einäscherungen erfolgt; so haben seit Bestehen des hiesigen Krematoriums (Ende 1911) 5500 Einäscherungen, davon 192 im Jahre 1918, stattgefunden. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 1302 auf 1390. Weitere Fortschritte sind im neuen Geschäftsjahre zu verzeichnen. In verflossenen Jahre ist erstmalig der erhöhte Zuschuß von 30—100 Mark für Bestattungskosten gewährt worden. Es sind dafür rund 1000 Mark herausgabt worden. — Herr **Hoffmeister** berichtete über die Kassenverhältnisse im Berichtsjahre. Die Gesamteinnahmen betrugen 5640,97 Mark, die Gesamtausgaben 3266,53 Mark, so daß ein Ueberschuß von 2414,44 Mark zu verzeichnen ist. Das Gesamtvermögen des Vereins betrug am Jahresschlusse 15 989,92 Mark. — Bei der **Vorstandswahl** wurden Herr **Waldstein** als 1. Vorsitzender und alle übrigen Vorstandsmitglieder sowie die Rechnungsprüfer einstimmig wiedergewählt, Rechtsanwalt **Gunz** neugewählt. Der Geschäftsbericht sowie der Rechnungsabschluß wird von der Versammlung abgehegen und dem Rendanten Entlastung erteilt. — Unter „Sonstiges" wird **noch eine Satzungsänderung, die Mitgliedschaft von Halle verziehender Mitglieder betreffend,** von der Versammlung beschlossen.

— **Zu den Kreistagswahlen.** Um mehrfach hervorgetretenen Zweifeln zu begegnen, wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß zur Eintreichung von **Wahlvorschlägen** für die **Kreistagswahlen,** soweit diese ermittelbar durch die Wähler vorzunehmen sind, **keine höhere Zahl von Unterschriften** als 15 verlangt werden darf. Auch wurde besonders darauf hingewirkt, daß bei der Bestimmung der Wahlzeitung und der Bestellung der Wahlvorsteher **unparteiisch** vorgegangen wird.

— **Schlichtungsausschuß.** Für den auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiterausschüsse und Arbeitsnachweisausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten für den Bezirk Halle und die Ortshaften des Saalkreises gebildeten neuen Schlichtungsausschuß, sind nunmehr besondere Geschäftsräume im Gebäude des Zivilgerichts, Poststraße 13, im Obergeschoß, Zimmer Nr. 155—157, bestimmt. Die Erledigung der Dienstgeschäfte findet vom Montag, den 14., ab daselbst statt. Die regelmäßige Sprechstunden sind werktäglich von 9—1 Uhr angesetzt, wo **mündliche Anträge zu stellen** sind und Auskünfte erteilt werden. Schriftliche Anträge und alle Zuschriften sind zu richten an den Schlichtungsausschuß Halle a. S., Poststraße 13, Zivilgericht, Zimmer 157, einzureichen.

— **Luxussteuerpflicht von Privatpersonen.** Nach §§ 10 und 11 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 unterliegen auch **die Verkäufe luxussteuerpflichtiger Gegenstände durch Privatpersonen** der erhöhten Umsatzsteuer von 10 Prozent. Die Steuer ist vom **Verkäufer** zu dem Empfangsbekenntnis zu entrichten. Er ist verpflichtet, dem Käufer ein schriftliches Empfangsbekenntnis binnen zweier Wochen nach dem Empfange der Zahlung zu erteilen. Die Steuer ist durch Verwendung von Warenumsatzstempelmarken zu entrichten, welche auf der Hauptpost, Schalter 7, erhältlich sind. Die Stempelmarken sind auf der Vorder- oder Rückseite des Empfangsbekenntnisses aufzukleben und zu entwerten. Wird ein derstempeltes Empfangsbekenntnis erteilt, so hat der Käufer das innerhalb eines Monats nach der Zahlung dem Umsatzsteueramt mitzuteilen. Steuerhinterziehung wird nach § 88 des Umsatzsteuergesetzes mit dem zwanzigfachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Geldstrafe von 100 bis 10 000 Mark bestraft. Auskunft erteilt das Umsatzsteueramt, Reichsbank, Steinstraße 8 III, Zimmer 126, wochentags von 9—2 Uhr geöffnet.

— **Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Belgien.** Nach Mitteilung der belgischen Regierung ist die belgische Zollstation Malines nördlich Antwerpen angewiesen, Pakete an deutsche Kriegsgefangene frei und ohne Zollformalitäten weiter zu leiten. Frankierte Pakete sind daher mit der Aufschrift „Ueber belgische Zollstation Malines bei Antwerpen" zu versehen.

— **Getragene Kleidungsstücke an die Altkleidervermertungsstelle.** Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 26. März 1919 (Reichsanz. Nr. 62) wird hiermit erneut öffentlich, daß im Stadtgebiete Halle die Durchführung des Erwerbes, der Bearbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke auch nach dem 1. Mai ausschließlich der Magistrat bzw. der Altkleider-Verwertungsstelle (Leipziger Straße 17) zusteht.

— **Jagdverpachtung.** Die Jagdnutzung in den Eigenjagdbezirken des Artillerie-Exerzierplatzes und des Militär-Flugplatzes Halle am 24. April, vormittags 11 Uhr, im Stadthause, Beratungszimmer III, auf sechs Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

— **Bei den Kanalisationsarbeiten zur Durchführung des** [illegible] Heidewegs bis zur Senke der Saale ist bis zum Weinbergsrestaurant ein hoher Straßendamm aufgeschüttet worden. Es bedarf erforderlichen Erdmassen werden durch Abtragung des Berges westlich der Landesheilanstalt Nietleben gewonnen, [illegible] der die Straße bekanntlich dicht vorbeiführt.

— **Der Verein der Handelsvertreter im Handelskammer-Bezirk Halle** besprach in zwei Versammlungen vom 4. und 11. d. M. die Notlage seiner Mitglieder, die durch die seit Kriegsbeginn erfolgte Ausschaltung derselben hervorgerufen ist. In einer einstimmig gefaßten Entschließung fordert der Verein: **Aufhebung der Zwangsrationierung; Beseitigung aller Zwangsabgabe; Beteiligung der Vertreter bei der Verteilung der vom Ausland einzuführenden Nahrungs-, Genußmittel, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate; ferner Uebernahme von sachmännischen Handelsvertretern in die bisher von Kriegsgesellschaften und Kommunen durch nichtkaufmännische Beamtenkörper verwalteten Stellen.** Diese Entschließung ist an den Handelsminister, das Kriegsernährungsamt, die Handelskammer Halle und das Stadternährungsamt weitergegeben.

— **Eine Abteilung für erwerbslose kaufmännische Angestellte** ist hier von seiten des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig (V. D. H.) unter Leitung seines Vertrauensmannes Herrn **Benneman** eingerichtet worden. Es ist mit dieser Abteilung eine gemeinnützige Einrichtung geschaffen, die es sich zur höchsten Aufgabe macht, durch entsprechende Selbsthilfe und geeignete Maßnahmen das bittere Los des leider so großen Stellenlosenheeres kaufmännischer Angestellten zu mildern. Alle stellenlosen Angestellten wollen unter Darlegung ihrer Verhältnisse (wie alt, ob gesund oder krank, Unterstützungsbezug oder nicht usw.) ihre Anschrift der Abteilung für Stellenlose, Halle, Riemeherstraße 11, angeben. Dem Unternehmen wohlgesinnte Bürger, Kaufleute und Angestellte, die ebenfalls ihre unverschuldet in Not geratenen Mitmenschen und Kollegen zu Hilfe kommen möchten, wollen sich deshalb baldigst mit Herrn Benneman, Riemeherstraße 11 (Fernruf 4791) in Verbindung setzen.

— **Verband Deutscher Kriegsveteranen von 1848—1870/71.** Die Monatsversammlung für April fällt aus. Die nächste Zusammenkunft findet wie stets im Vereinslokal statt, und zwar am 4. Mai. Besprechung über das 50jährige Stiftungsfest. Ehemalige Kriegsteilnehmer sind hierzu als Gäste höflichst eingeladen.

Zur Schließung der Berliner Luxuslokale

Eine amtliche Erklärung.

Von **amtlicher Stelle** wird uns geschrieben:

„Die Verfügung, wonach einer Anzahl von Luxuslokalen, in der Hauptsache **Kabaretts, Weinstuben und Bars,** die Verabfolgung von Speisen und Getränken verboten wird, hat in den beteiligten Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Dabei sind auch recht beträchtliche Uebertreibungen mit unterlaufen. Zunächst sei festgestellt, daß die Zahl der in Frage kommenden Lokale nicht 42, sondern 28. Betroffen sind nicht ausschließlich Kabaretts, sondern außer solchen drei Weinstuben, **vier Bars** oder Diele und ein Rüdesheimer Café. Ob die Angaben über die Riesenzahl von Angestellten, die durch eine solche Maßregel in Mitleidenschaft gezogen oder sogar brotlos gemacht werden würden, vollständig zutreffen, entzieht sich augenblicklich nach jeder nüchternen Beurteilung. Soviel aber läßt sich jetzt schon mit aller Bestimmtheit sagen, daß bei 26 oder 30 Lokalen keine Rede davon sein kann, daß Tausende von Angestellten auf die Straße gesetzt werden. Daß die zuständigen Behörden nicht etwa übereilt, oder ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse vorgegangen sind, erhellt daraus, daß **monatelang Verhandlungen** mit den verschiedensten Stellen gepflogen und alle Seiten der Frage sorgfältig erwogen worden sind. Maßgebend für den Erlaß war auch nicht irgendwelche Absicht, durch polizeiliche Maßregeln auf die **Moral** der Berliner Bevölkerung einwirken zu wollen. Es hat vielmehr lediglich der **volkswirtschaftliche Gesichtspunkt** den Ausschlag gegeben, daß in einer großen Anzahl von Lokalen durch ungeschente Uebertretung aller polizeilichen Vorschriften nicht nur an sich große Mengen von Lebensmitteln ihrer gesetzlichen Verwendung zum Nachteil der ärmeren Bevölkerungsklassen entzogen werden, sondern daß auf diese Weise der für die gesamte Volksernährung so verhängnisvolle **Schleich- und Kettenhandel** endauernd gefördert, ermutigt und begünstigt wird. Einen wie gewaltigen Umfang dieser Schleich- und Kettenhandel **gerade in den letzten Monaten** angenommen hat, braucht man heute niemandem mehr auseinanderzusetzen. Es soll auch nicht bestritten werden, daß der Schleichhandel auf allen Gebieten blüht, daß auch andere Gaststätten jeglicher Art mehr oder weniger den Schleichhandel begünstigen. Mit einem Schlage **gegen sämtliche** Gaststätten vorzugehen, die in dieser Hinsicht sündigen, **übersteigt die Kräfte** der zuständigen Behörden. Um so gebotener erscheint es, wenigstens eindämmend und hemmend dort zu wirken, wo sich die größten Auswüchse bemerkbar machen, und das trifft unzweifelhaft für die Luxuslokale zu, in denen große Summen von Leuten verprasst und verschlemmt werden, deren Vergnügungssucht nicht gerade besonderer Begünstigung wert ist. Gegen die Luxuslokale mußte in erster Linie vorgegangen werden, weil sie keinem volkswirtschaftlichen Bedürfnis **dienen.**

Daß eine Anzahl von Angestellten durch eine solche Maßregel und ihre Ausdehnung in Mitleidenschaft gezogen wird, wird auch von den Behörden als eine Härte empfunden, aber als eine **unvermeidliche Härte.** Immerhin würde das große Publikum gut tun, sich in seinem Urteil nicht durch einseitige Klagen und Uebertreibungen von Kabaretts, Dielen- und Kaffeehausbesitzern beeinflussen zu lassen. Es wird da besonders gern mit dem Argument gearbeitet, daß sich unter den Angestellten zahlreiche Kriegsbeschädigte befänden, die von der harterzigen Behörde auf die Strafe gesetzt würden. Wie groß die Zahl oder der Prozentsatz der so beschäftigten Kriegsbeschädigten ist, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Soviel aber kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß ihre Zahl verhältnismäßig gering ist, und daß die betreffenden Besitzer die Praxis befolgen, in ihren Betrieben einige wenige Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, lediglich zu dem Zweck, um damit vor der Oeffentlichkeit prunken und das Urteil über ihre Gesetzesverletzungen trüben zu können."

„H.Z." Sportberichte

Tagung des Reichsausschusses für Leibesübungen.

In Berlin hielt der **Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen** unter Leitung von Dr. **Martin** seine Jahresversammlung ab. Durch den Krieg hat sich eine erhebliche Schuldenlast ergeben, so daß nur durch das Eingekommen des Berliner Rennvereins der Vorstandschlag für 1919 geschehen werden konnte. Die jetzige Regierung sieht, wie Dr. Martin berichtete, den Bestrebungen auf Entüchtigung der Jugend unverändert wohlwollend gegenüber.

Die **Wettkampfausschußsitzung** des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen hieß die Bestimmungen über die **Jugendwettkämpfe** beiderlei Geschlechts gut. Die Entscheidungskämpfe für die Sieger der Bezirkswettkämpfe sollen möglichst noch in diesem Herbste an einem noch zu bestimmenden Orte ausgetragen werden. Die Bestimmungen für das **deutsche Sportabzeichen** erhielt dahin eine neue Fassung, daß das Abzeichen in Silber erworben wird, wenn die fünf geforderten Leistungen 8 Jahre lang erfüllt werden oder wenn das 32. Lebensjahr überschritten ist. Das Zeichen in Gold erwirbt, wer bei Erfüllung der Leistungen das 40. Lebensjahr überschritten hat. In die Leistungsprüfungen sollen auch Schlagballspiele aufgenommen werden, deren Bestimmungen die Deutsche Turnerschaft ausarbeiten wird. Auf Vorschlag von Geheimrat Diebow kann auch das weibliche Geschlecht von 1920 ab das Deutsche Sportabzeichen erwerben. Die Beratung über Einführung eines Jugendsportabzeichens wurde vertagt, die Uebertrag der Prüfungen an den Universitätsturnlehrerverein für die Angehörigen von Hochschulen abgelehnt.

Die Deutschen Kampfspiele 1921 sollen etwa eine Woche dauern. Der Hauptausschuß für deutsche Jugendherbergen wurde als Anschlußverband aufgenommen, dagegen die beantragte Aufnahme der Deutschen Schwimmerschaft abgelehnt.

*

— **Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Radrennbahnen in Berlin** war von den Vertretern von Berlin-Treptow und Olympiapark, Dresden, Leipzig, Essen, Hannover, Magdeburg, Halle, Chemnitz und Breslau besucht. Außerdem wohnten Dr. **Martin** vom D. R. A. und **Förster** vom D. R. B. der Sitzung bei. Der Vorsitzende **Strohbach**-Dresden gab bei Erstattung des Geschäftsberichtes den Standpunkt des Verbandes Deutscher Radrennbahnen gegenüber dem internationalen Verband, der Union Cyclistic Internationale, bekannt. Der V. D. R. betrachtet sich nach wie vor als Mitglied der U. C. I. und erklärt den von den belgischen und französischen Mitgliedern vorgenommenen **Ausschluß Deutschlands** für satzungswidrig und **ungültig.** Sollte aber eine auf neutralem Boden einzuberufende Versammlung den Ausschluß von Deutschland und Oesterreich wirklich vornehmen, so würde man seinen Weg auch allein finden. Von angenommenen Anträgen ist zu erwähnen: Rennfahrer können nicht Mitglieder des V. D. R. sein, dürfen sich aber mit Kapital an Bahnen beteiligen, auf diesen jedoch nicht starten. Ein Antrag von **Preise**-Magdeburg, den Totalisationsbetrieb auf Radrennbahnen einzuführen, wurde vorläufig abgelehnt, der Verwaltungsausschuß soll erwägen, ob die Einführung durchführbar und empfehlenswert ist. Zum Vorsitzenden wurde **Strohbach**-Dresden wiedergewählt. Die Geschäftsstelle bleibt dort. Zweiter Vorsitzender wurde **Tüwen**-Leipzig, Verwaltungsausschuß-Mitglieder **Schwarz**-Berlin, **Knorr**-Berlin, **Reinhardt**-Hannover. Die Festsetzung der Rennterminne und Meisterschaften wurde dem Verwaltungsausschuß überlassen.

— **Die Olympiade 1920 in Antwerpen.** Nach einem der „Süddeutschen Sportzeitung", Karlsruhe, zugegangenen drahtlosen Telegramm vom Pariser Eiffelturm hat der Stadtrat von Antwerpen einen Kredit von 800000 Franks zugunsten der Vorarbeiten für die Olympiade 1920 angenommen. Damit scheint die Wahl von Antwerpen greifbare Form zu erhalten.

W. H. Moore, der englische Hetzreiter, ist im Krankenhause zu Münster i. W. nach längerem Leiden gestorben. Er spielte im deutschen Hindernissport lange Jahre hindurch eine große Rolle. Im Jahr 1881 kam er auf Veranlassung von Frhr. von Cramm nach Deutschland. Er trat in Verbindung zu dem großen Rennstall des Herrn **Oskar Oehlschläger.** Ende des Vorjahres ging er an den Hindernisfall des Frhrn. v. **Romberg** in **Buldem** in Westfalen.

— **Der Hannoversche Rennverein** ergiebt für Oster-Montag und dem darauffolgenden Mittwoch insgesamt 396 Unterschriften. Für die beiden Hauptrennen, Großer Hannoverscher Ausgleich und Wilh-Rennen, wurden 15 bezw. 19 Rennpferde abgegeben. Besser schnitten im Durchschnitt die übrigen Rennen ab.

— **Große Boxkämpfe gehen in Leipzig** im dortigen Kristallpalast in der Zeit vom 19. April bis 30. April vor sich. Die Teilnehmer setzen sich in der Hauptsache aus im Berliner Sportpalast aufgetretenen Boxern zusammen. In den Ring treten Prenzel, Wiegert, Schlüter, Luse, Buckzun, Mengeler, Böttel, Rosse, Röhl und Wiereck.

— **Ein Achtelrennen veranstaltet der Wanderruderverband „Mark Brandenburg"** am 25. Mai in Grünau auf der Rennstrecke des Berliner Regatta-Vereins.

— **Leipziger und Berliner Fußballer** werden an den Osterfeiertagen Gäste der **Magdeburger Vereine** sein. Leipzig entsendet seinen Meister, die Spielvereinigung, den Ballspiel-Club und Berlin wird durch Tennis Borussia vertreten. Die Spielvereinigung hat Cricket-Viktoria und der Ballspiel-Club den Sportverein und den Sport-Club 1910 zum Gegner. Die Tennis-Borussen treten gegen den Sportverein Viktoria und gegen Cricket-Viktoria an.

— **Ausbildung von Fußball-Trainern.** Der Verband Brandenburgischer Ballspielvereine wird durch seinen Sportlehrer Girulatis geeignete Mitglieder der einzelnen Verbandsvereine als Trainer für ihre Mannschaften ausbilden lassen.

— Ein 50-km-**Mannschaftsfahren** läßt der Gau 20 (Berlin) des Deutschen **Radfahrer-Bundes** am 18. Mai auf der Nauener Strecke ausfahren.

— Die **Radfernfahrt Berlin—Hamburg** wird am 8. Juni durch den Gau 20 (Berlin) des Deutschen Radfahrer-Bundes wieder zum Austrag gebracht werden.

Eingesandt

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber.)

Gewerblicher Mittelstand und Stadtverordneten Neuwahlen

Die Stadtverordneten-Versammlung ist nach zweimaliger Sitzung durch die Proteste Hallescher Bürger aufgelöst worden; eine Neuwahl soll am 27. April stattfinden. Wie wird sich der **gewerbliche Mittelstand** zu dieser Neuwahl verhalten?

Es ist höchste Zeit, daß der gewerbliche Mittelstand durch die Aufstellung eines eigenen Wahlvorschlages die berechtigte Forderung, daß bei den Wahlen zur Gemeinde-Vertretung **die Politik ausgeschaltet** werden muß, vertritt.

In der Stadtverordneten-Versammlung soll nicht um Parteigrundsätze gestritten, es sollen vielmehr die praktischen Aufgaben gelöst werden, die die Bedürfnisse unseres Gemeindelebens erfordern. Die berufensten Vertreter dazu muß der gewerbliche Mittelstand stellen, der die **praktischen Erfahrungen seines Erwerbslebens** in der Stadtverwaltung **nutzbringend für die Allgemeinheit** verwerten kann. Eine nach Größe und Bedeutung gebührende Zahl von Vertretern zu der letzten Stadtverordneten-Versammlung konnte dem gewerblichen Mittelstand in unserer Stadt von den **politischen** Parteien angeblich nicht zugestanden werden. Daher kann nur **Selbsthilfe** unsere Rechte in der Gemeinde geltend machen.

Alle wahlberechtigten Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes beiderlei Geschlechts, ganz gleich, welcher politischen Partei sie auch angehören, müssen umgehend eine Vereinigung schaffen um bei der Stadtverordneten Wahl am 27. April zur Wahlurne schreiten zu können, weil die **Gefahr der Vergesellschaftung von Handwerk, Kleinhandel und Eigentum** größer ist, als die Beteiligten ahnen.

Innungs-Ausschuß, Handwerkskammer, Kleinhandel und Grundbesitz. Auf zur Arbeit!

*

Der eiserne Ring

Wir müssen Geld hergeben, sehr viel Geld, sonst gehen immer und unsere Kinder verhungern. Wo sollen wir es hernehmen in unserem armen Vaterland, in dem der Wohnsitz der Zerstörung herrscht? Die Reichen müssen herangezogen werden, aber nicht nur die Reichen, wir alle wollen und müssen mithelfen, um das Vaterland zu retten. Wir müssen hingeben, was uns lieb und teuer ist und was unsere Vorfahren in den schweren Tagen der Freiheitskriege auch hingegeben haben. — den goldenen Ring des Ehebündnisses, der nicht von Gold zu sein braucht, um uns als Symbol der Zusammengehörigkeit zu dienen. Wir Frauen wollen uns zusammentun, dann werden unsere Ehemänner gern unserem Beispiel folgen. Ich schlage vor, daß von Reichswegen in ganz Deutschland die goldenen Eheringe, die bekanntermaßen aus fast reinem Golde bestehen, eingesammelt werden und man dafür einen eisernen Ring eintauscht ohne jedwede Entschädigung. Wir Frauen werden dann stolz sein, einen eisernen Ring zu tragen in dem Bewußtsein dem Vaterlande zu helfen.

Eine deutsche Frau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904161-18/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Buchführung und Kriegssteuer.

Dem Grundgedanken des Verfassers, den losen Kriegsgewinnler schärfer zur Steuer heranzuziehen, als den soliden Kaufmann, wird man nur zustimmen können. Ob das Mittel der Buchführung jedoch zu dem gewünschten Ziele führen wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Auch die Eideisleistung dürfte kaum die große Mehrzahl der „Kriegs- und Revolutionsfieber" veranlassen, Vermögen und Einkommen richtig anzugeben. Jedenfalls aber ist der Artikel geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine der brennendsten Tagesfragen zu lenken. Wir geben ihn daher wieder, ohne uns jedoch mit allen Einzelheiten zu identifizier.en. Die Schriftleitung.

Die Beratung der neuen Kriegssteuergesetze durch die Nationalversammlung steht nahe bevor. Zahlreiche Eingaben an das Reichsministerium der Finanzen liegen bereits vor, welche auf die Mängel der Entwürfe hinweisen. Wir möchten hier einen Punkt zur Sprache bringen, der u. W. erst in verhältnismäßig wenigen Eingaben erörtert worden ist.

Allgemein ist der Wunsch ausgedrückt worden, daß der reelle Kaufmann, der ordnungsmäßige Bücher geführt hat, besser gestellt werden müsse, als der Kriegsgewinnler in engerm Sinne, nämlich als alle diejenigen Personen, welche ohne ordnungsmäßige Buchführung durch Zwischengewinne im Lebensmittelhandel usw. ohne großes Risiko und ohne investiertes Kapital bedeutende Summen verdient haben, und welche man im Volksmund allgemein als „Schieber" bezeichnet. Das erste Kriegssteuergesetz zieht diese Schieber in keiner Weise schärfer heran. Bei den Beratungen in dem Ausschuß ist seiner Zeit darauf hingewiesen worden, daß es gesetzlich kaum möglich sei, den Schieber vom reellen Kaufmann zu unterscheiden.

U. E. ist dies nicht unbedingt zutreffend. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß für alle diejenigen Personen, die ordnungsmäßige Bücher geführt haben, eine Ermäßigung des Steuersatzes etwa um 20 oder 30 v. H. eintritt. Etwas Derartiges dürfte möglich sein. Freilich leidet der ehrliche Privatmann, welcher keine Bücher geführt hat, unter einer solchen Vorschrift. Das wird jedoch in der Regel kaum eine Ungerechtigkeit darstellen. Denn wenn jemand, der keine kaufmännischen Bücher führt, einen Kriegsgewinn gehabt hat, so wird es sich in 90 von 100 Fällen entweder um ein sogenanntes „Schiebergeschäft" handeln, das man höher besteuern soll und will, oder aber es wird sich um einen außergewöhnlichen Glücksfall eines Steuerpflichtigen handeln, bei dem gleichfalls eine erhöhte Steuer angebracht ist. Sehr erwünscht ist es, daß endlich einmal in steuerlicher Hinsicht die ordnungsmäßige Buchführung belohnt und die Unterlassung der Buchführung mit einem Nachteil bedacht wird. Jeder Fachmann weiß es, daß die Steuerhinterziehungen geradezu ins Ungeheuerliche gehen, und daß sie sich auch bei Leuten vorfinden, denen man im allgemeinen sonst keine Unehrlichkeit nachsagen kann. Man kann beinahe behaupten, daß im wesentlichen nur der Kaufmann, welcher Bücher führt und der Festbesoldete richtig Steuern zahlt. Eine Bevorzugung dieser Personen ist deshalb durchaus am Platze. Als Sicherheitsmaßnahme gegen etwaige unrichtige Buchführung könnte noch gefordert werden, daß die gedachte Ermäßigung nur dann eintritt, wenn der Steuerpflichtige eidlich die Richtigkeit seiner Bücher sowie seiner Steuererklärung bekräftigt. Anschließend hieran wäre zu erwägen, ob auch sonst die eidliche Bekräftigung einer Steuererklärung, welche bis jetzt noch in keinem deutschen Bundesstaat besteht, einzuführen ist, sei es in der Weise, daß jeder Steuerpflichtige zu einer eidlichen Erklärung verpflichtet wird, oder sei es in der Weise, daß demjenigen, der diesen Eid leistet, in der oben gedachten Art und Weise eine steuerliche Bevorzugung in Aussicht gestellt wird.

Beigeordneter Rohde-Zehlendorf.

Geldmarkt und Banken

Zum rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt. (Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.) Die zuversichtlichere Stimmung, die sich in der Vorwoche auf dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte durchsetzen konnte, hielt in der abgelaufenen Berichtswoche zunächst an. Infolge der weiteren Zunahme der Streikbewegung im Ruhrgebiet und der Ausrufung der Räte-Republik in München und einigen andern bayerischen Städten trat im Verlauf der Woche eine Abschwächung ein. Das an den Markt gelangende Angebot nahm jedoch keinen größeren Umfang an, wozu die Auffassung beitrug, daß es der Regierung gelingen wird, die Arbeitswilligen gegen den Terror einer Minderheit zu schützen. Am Kohlenaktienmarkt zeigte sich Nachfrage nach Gwald, König-Ludwig und Lothringen, auch für Langenbrahm waren verschiedentlich Käufer am Markte. Von mittleren Werten konnten bei mehrfachen Käufen Hermann I/III leicht angesetzen, während Trier und Heinrich weiter im Angebot bleiben. Sonst wurden noch Dietgardt, Moers, Wilhelmine-Meßinn, Montanbund und Trappe zu letzten Preisen umgesetzt. Am Kaliaktienmarkt hielt die feste Grundstimmung in den ersten Tagen der Berichtswoche an. Später erlitten die Kurse auf die oben erwähnten Ereignisse hin eine mäßige Einbuße. Bei Berichtsabgang zeigte sich jedoch auf die günstigen Auslassungen in der Gewerkenversammlung der Glückauf-Sondershausen-Gruppe hin erneute Kauflust bei anziehenden Preisen. Von schweren Werten waren Glückauf-Sondershausen, Neustaßfurt, Alexandershall begehrt. Von mittleren Werten vollzogen sich größere Umsätze in Carlshund, Einigkeit, Hansa-Silberberg, Siegfried I und Johannashall. Mehrfach beachtet blieben auch die Werte der Ursicut-Gruppe, von denen Vernsdorf, Burggraf und Richard ihren Kursstand etwas erhöhen konnten. Lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Wesloohn und Aller-Hammonke, die zu steigenden Preisen aus dem Markte genommen wurden. Von elsässischen Werten konnten im Verkaufe der Berichtswoche Max, Marie und Marie Louise bei regeren Umsätzen ihren Kurs um etwa 700 Mk. erhöhen, vermochten aber ihren Höchststand nicht ganz zu behaupten. Angeregt durch die Erklärung einer zehnprozentigen Dividende bei den Hallenschen Kaliwerken nahm die Geschäftstätigkeit auf dem Kaliaktienmarkte zeitweise lebhafte Formen an. Hallesche Kaliwerke-Aktien gewannen etwa 15 Prozent, Aller-Stammaktien und Teutonen-Aktien etwa 10 Prozent, Bonnenberg, Justus, Feldburg und Hannoversche Kaliwerke-Aktien etwa 8 Prozent, beschließen jedoch die Berichtswoche einige Prozent unter den Höchstkursen. Die übrigen Märkte blieben bei mangelndem Interesse des Publikums fast geschäftslos bis auf Rentenwerte und Industrieobligationen, je fortgesetzt sich lebhafter Beachtung erfreuen.

Industrie, Handel, Handwerk

Sozialisierung des Tabakgewerbes. Vom 9. bis 11. April fand in Bad Oeynhausen ein Kongreß von Vertretern sämtlicher Fachverbände des deutschen Tabakgewerbes statt, um sich mit der Frage der Sozialisierung dieses Gewerbes zu beschäftigen. Herr Syndikus Hindenberg, der Leiter der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, gab in einem einleitenden Vortrag einen Ueberblick über alle die Probleme und Aufgaben, welche hier zu lösen sind. Der Gedanke der Selbstverwaltung und Demokratisierung der einzelnen Gewerbe ist nicht mehr auszuschalten und wird sehr bald in der Gesetzgebung überall zum Ausdruck kommen, nachdem das Sozialisierungsgesetz schon den Rahmen dazu gegeben hat. Wenn nun in dieser Hinsicht für das Tabakgewerbe etwas geschehen soll, so muß eine solche Organisation auf breitester Grundlage in demokratischem Sinne von unten nach oben aufgebaut werden. Diese Organisation, die öffentlich-rechtlichen Charakter haben muß, würde sich etwa in drei Abteilungen gliedern, nämlich je eine für die Fragen der Einfuhr und Verteilung des Rohtabaks, für alle Angelegenheiten der Fabrikation und des Vertriebes der Ware und schließlich für die Arbeits-, Lohn- und Wohlfahrtsfragen. In diese Unterabteilungen, ebenso in die Spitze dieses Selbstverwaltungskörpers hätten alle Gruppen Vertreter zu entsenden; auch die Konsumenten hätten dabei mitzuwirken. Zur Weiterberatung und Bearbeitung dieser Angelegenheit wird eine Kommission aus allen beteiligten Kreisen gebildet werden, die demnächst zusammentreten soll.

Nach Schluß dieser Tagung traten die vereinigten Händler- und Agentenverbände zusammen zur Beratung über die Tabak-Steuervorlagen, die die Regierung in den nächsten Tagen der Nationalversammlung unterbreiten wird. Hierin ist für alle Tabakfabrikate die Banderolesteuer vorgesehen. Gegen diese Steuerform erheben sich die schwersten Bedenken und die vereinigten Verbände sprachen sich grundsätzlich dagegen aus. Sie wollen eine Fakturenversteuer vorschlagen, die nicht nur den gleichen Ertrag bringt, sondern auch Unterschleife unmöglich macht, denen die Banderole unter den heutigen Verhältnissen Tür und Tor öffnen würde.

* **Kein freier Handel.** Gegenüber der Meldung Berliner Blätter, daß in absehbarer Zeit der freie Handel wiederhergestellt werden soll, wird unserem Berliner Mitarbeiter von zuständiger Seite erklärt, daß Reichswirtschaftsamt und Ernährungsministerium angesichts der außerordentlich schwierigen Ernährungslage und der Unmöglichkeit, den wirklichen Bedarf ausreichend zu decken, in keiner Weise an ein Aufgeben der bisherigen Bewirtschaftung und Rationierung denken.

Preiserhöhung für Tonwaren. Der Verein deutscher Tonröhrenfabrikanten erhöhte rückwirkend vom 1. April ab die Preise abermals um 20 Proz.

* **Zur Sozialisierung der Kalisindustrie.** Das Kalisyndikat hat folgende Depesche an den Präsidenten der Nationalversammlung, an den Ministerpräsidenten sowie an die Vorsitzenden der Fraktionen und an den Vorsitzenden der Kalikommission gerichtet: „Von Kalisozialisierungsentwurf zu spät Kenntnis erhalten, um rechtzeitig Gegenvorstellungen unterbreiten zu können. Kaligeschäft war vor dem Kriege der Menge nach zur Hälfte, dem Werte nach rund zwei Drittel Exportgeschäft; wird nach Friedensschluß bei voller Lieferung des Inlandsbedarfs voraussichtlich drei Viertel Exportgeschäft sein. Halten 30%iges Kalirat angesichts schon jetzt eingetretener schwerer elsässischer und bevorstehender spanischer Konkurrenz verhängnisvoll, da Exportgeschäft sofortige Entschließungen erfordert. Zusammensetzung Reichskalirats, in welchem deutsche Händler, Genossenschaften und Industrievertreter sitzen, für Exportgeschäft ungeeignet und unberechtigt. Da nach Friedensschluß sofortige Wiederaufbau des Kalirestes ohnedies unbermeidlich, bitten auch Sozialisierung bis dahin zurückzustellen, keinesfalls darf sich Sozialisierung auf Exportgeschäft beziehen, zumal da auch große handelspolitische Schwierigkeiten zu befürchten."

Verkehrswesen

Von der Binnenschiffahrt. In der Elbeschiffahrt ist der Wasserstand am Aussiger Pegel noch ziemlich ¾ Meter über Vollschiffigkeit und auch am Mittellauf noch knapp vollschiffig. Die geschäftliche Betätigung der Schiffahrt ist allerdings angesichts der ganzen gegenwärtigen Verhältnisse wenig befriedigend. Die Braunkohlenverladungen aus Böhmen sind gering, der Umschlag an den sächsischen Plätzen weist keine bedeutenden Ziffern auf und auch im Hamburger Bergeschäft ist es mit Massengütern recht knapp bestellt. Dies dürfte sich auch in der nächsten Zeit nicht viel ändern, nachdem der neue Bergarbeiterverein eingesetzt hat. Die erhöhten Betriebskosten zwangen die Elbschiffahrtsbetriebe zu einer neuen Frachterhöhung, die V. E. G. haben ihre Eilfracht ab 1. April wie folgt erhöht: Stückgutsätze 30 Proz., allgemeine Wagenladungsklasse 25 Proz., Spezialtarife 20 Proz.

Auf den märkischen Wasserstraßen ist angesichts der schwachen Beschäftigung der Elbeschiffahrt die Güterbewegung in der Richtung vom Westen ebenfalls schwach. Auf der östlichen Strecke dagegen größer, wenn auch nicht entfernt so umfangreich, wie in sonstigen Frühjahrszeiten. Die Beschäftigung der Eildampferlinien ist den Verkehrsverhältnissen angemessen. Die Wagengestellung der Eisenbahn hat sich neuerdings gebessert.

Die Oderschiffahrt hat eine Aufbesserung ihres Wasserstandes zu verzeichnen. Der Kohlenumschlag in Oderschlesien ist mittleren Umfanges und hat in letzter Woche etwa 11 000 Tonnen pro Tag in Cosel und Oppeln betragen. Auch in der Oderschiffahrt haben die erhöhten Betriebskosten die Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens veranlaßt, einer recht erheblichen Frachterhöhung zuzustimmen. Die Grundfracht für Kohlen von Cosel nach Berlin-Oberspree beträgt jetzt 20 Mk. für die Tonne, gegen zuletzt 13,50 Mk. Der Verkehr zu Berg ist wenig belangreich.

Auf den ostdeutschen Wasserstraßen ist der Verkehr dem Bedürfnis entsprechend aufgenommen, allerdings ergibt sich infolge der noch nicht geklärten polnischen Frage die Tatsache, daß ein Durchgangsverkehr von der Weichsel zur Oder noch nicht möglich ist.

Auch der Wasserstand des Rheins ist befriedigend, dagegen nicht die Verkehrslage. Ein Streik an den fiskalischen Kippern ist durch Einigung mit den Arbeitern inzwischen beigelegt, aber es ergibt sich nunmehr die neue Störung durch den wiederentstehenden Streik der Bergarbeiter. Infolgedessen ist die Frachtenlage gänzlich unbefriedigend. Von den Kanalhäfen, die durch den Kippertreik an der Ruhr nicht berührt wurden, betrug die letzte Kohlenfracht nach Mainz und Mannheim 3 Mk. für die Tonne, während der Schlepplohn von der Ruhr nach Mainz mit 3 Mk., nach Mannheim mit 3,50 Mk. notiert wurde. Die holländische Valuta stand an der Schifferbörse auf 430,25 Mk. für 100 Gulden. Der Verkehr auf dem Main hat sich wenig geändert, auf den nordwestdeutschen Kanälen nahm er etwas zu, nachdem in Hannover größere Rohzucker- und Kalitransporte zum Umschlag nach dem Westen gelangten.

Am 14. April traf Kahn Nr. 1682 in Alen ein.

Gesellschafts-Abschlüsse

Die Dessauer Aktien-Brauerei zum Feldschlößchen wird das Geschäftsjahr mit Verlust abschließen, das annähernd 100 000 Mk. erreichen soll. Die Brauerei ist ein Unternehmen der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen.

Schloß-Mälzerei in Rienburg a. d. S. Die in Liquidation befindliche Mälzerei, die im vorigen Jahre von der Malzfabrik Könnern übernommen wurde, verteilt demnächst auf jede Aktie eine Abschlagszahlung von 1000 Mk., die in Proz. Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert geleistet wird.

Sächsisch-böhmische Portland-Zementfabrik, A.-G., Dresden. Laut Geschäftsbericht für 1918 fanden die Steigerung der Löhne und die dauernden Erhöhungen der Preise für Kohlen und die übrigen Betriebsmaterialien durch die von den behördlichen Organen beeinflußten Verkaufspreise keinen entsprechenden Ausgleich. Wenn es trotzdem gelang, einen etwas günstigeren Abschluß als für 1917 zu erzielen, so ist es dem Umstande zu verdanken, daß ein Teil der Bestände mit Nutzen veräußert werden konnte. Als Reingewinn verbleiben 190 525 Mk. (148 [illegible] Mark Verlust i. V.) zu folgender Verwendung: 4 Prozent [illegible] Dividende gleich 140 000 Mk., an Vorstand, Prokuristen, Beamte und Meister 40 605 Mk., Dotierung des Arbeiterunterstützungskontos zur Verfügung des Vorstandes 5000 Mk., [illegible] Vortrag auf neue Rechnung 4920 Mk. — Laut Bilanz betrugen die Kreditoren 1 331 442 Mk. (299 649 Mk.), die Debitoren 700 430 Mk. (140 Mk.) und Vorräte 923 888 Mk. (562 844 Mk.).

Die Akt.-Ges. für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden hatte im Geschäftsjahr 1918 nach Abzug von 3 144 589 Mk. (i. V. 2 227 579) Gesamtunkosten, 1 472 865 Mk. (143 600) Verlust auf Valuten und Wertpapiere und 3 269 397 Mk. (2 508 793) Abschreibungen einen Ueberschuß von 3 014 510 Mk. (2 472 040) zu verzeichnen. Hieraus wird, wie schon von uns gemeldet, wieder eine Dividende von 17 Proz. vorgeschlagen. Nach verschiedenen Dotierungen werden 658 541 Mk. (151 240) auf neue Rechnung vorgetragen. In der Bilanz erscheinen Effekten und Beteiligungen mit 7 169 018 Mk. (5 354 735) und Debitoren mit 12 850 817 Mk. (3 916 286). Kreditoren hatten 5 548 880 Mk. (3 565 581) zu fordern.

Langbein—Pfannhauser-Werke Akt.-Ges. in Leipzig-Sellerhausen. Für 1918 ergibt sich einschließlich des 43 730 Mk. betragenden Vortrages aus 1917 ein Bruttogewinn von 1 629 [illegible] Mark (1 627 849 Mk.). Hiervon sind in Abzug zu bringen Handlungsunkosten mit 809 600 (757 627) Mk. und Abschreibungen mit 523 201 (289 422) Mk. Es verbleibt ein Reingewinn von 297 [illegible] (630 800) Mark. Es wird die Verteilung einer Dividende von wieder 15 Prozent vorgeschlagen, wovon 8 Prozent dem Delkredere-Reservefonds entnommen sind. 27 050 Mk. sollen zum Vortrag auf neue Rechnung dienen. Die Bilanz verzeichnet Effekten mit 705 947 (822 510) Mk. Bankguthaben und Debitoren mit 1,[illegible] Millionen (1,3 Mill.) Mark. Waren und Vorräte mit 506 [illegible] (401 253) Mk. und Kreditoren mit 1,27 Mill. Mark.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. Die Bilanz [illegible] nach ausreichenden Abschreibungen einen Gewinn von 2 368 [illegible] Mark (2 312 225 Mk.). Es wird die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag gebracht. Der Reservefonds II werden wieder 400 000 Mk., dem Unterstützungsfonds wieder 250 000 Mk. überwiesen.

Nordbeutsche Bank in Hamburg. Der Abschluß für 1918 weist einen Reingewinn von 6 496 998 Mk. (i. V. 6 927 197 Mk.) auf. Als Dividende werden 8 Proz. (10 Proz.) vorgeschlagen. Die Reserven erhöhen sich um 1 568 627 Mk. auf rund 20 Mill. Mark.

Dividendenvorschläge. Die A.-G. für Eisenindustrie Brückenbau Harkort schlägt eine Dividende von 9 Proz. für die Prioritätsaktien und eine von 8 Proz. für die Stammaktien vor. — Die Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte schlägt eine Dividende von 6 Proz. vor. — Die Portland-Zementfabrik Hörter, Godelheim, eine solche von 10 Proz. fest. — Die Wundshofer Portland-Zementfabrik schlägt eine Dividende von 4 [illegible] Proz. vor. — J. C. Richter A.-G. in Leipzig schlägt eine Dividende von 10 (20) Proz. vor.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse eröffnete unter dem Einfluß der Nachrichten über neue Unruhen in München und die Fortdauer des Angestelltenstreiks und die sonstigen unerfreulichen Verhältnisse im Reiche in lustloser Stimmung. Nennenswerte Umsätze fanden gestern stark gesteigenen Werten, wie Deutsch-Luxemburger, Lothringer Hütte, Deutsche Waffen, Köln-Rottweiler und Rheinmetall, fanden Abgaben statt, die zu erheblichen Kursabschwächungen führten. Kanadaaktien setzten mit einem Rückgang von etwa 20 Proz. ein, weil angeblich für die in deutschem Besitz befindlichen Aktien ein Zwangsverwalter eingestellt werden soll. Doch wurde ein beträchtlicher Teil des Verlustes bald wieder eingeholt. Orientbahn- und Prinz-Heinrichbahn-Aktien stellten sich gleichfalls wenig niedriger. Auch Schiffahrtswerte gaben nach. Im späteren Verlaufe besserte sich die Haltung auf angebliche Besserung der Streiklage bei den Kohlengebieten. Montanwerten und Oberschlesischen Bergwerkswerten zeigten eine feste Haltung. Am Anlagemarkt wiesen die Kurse für deutsche Anleihen kaum Veränderungen auf. Oesterreichische Werte waren fest, ungarische schwächten sich ab, italienische Monopolbahnaktien gewannen etwa 10 Proz.

Produktenbericht. Wie Berichte vom Lande besagen, haben die Regenfälle der letzten Tage außerordentlich wohltätigen. Im hiesigen Verkehr zeigt sich mehr Nachfrage für Stroh. Es sind auch manches zu haben, da verschiedene Kreise, die ihrer Bestandrungspflicht den Behörden gegenüber genügt haben, nunmehr Ware herauslassen. Heu bleibt knapp. Das Geschäft mit Sommergetreide ist zu Ende. Trotzdem zeigt sich noch immer Bedarf für Hafer. Winterroggen bleibt weiter. Die Preise sind wenig verändert. Ueber Kleesaaten ist nichts Neues zu berichten. Grassämereien sind in den meisten Sorten reichlich zur Hand. Anbauverträge sind in den letzten Tagen in größerer Zahl zustande gekommen.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	115,75
Halberstadt-Blankenb.	86,—	Gebhardt u. Co.	205,—
Halle-Hettstedter	—,—	Gebhardt u. König	91,25
Schantungbahn	151,½	Gelsenkirch. Bergb.	174,½
Allg. Lokal- u. Kb.	124,25	Glauziger Zuckerfbr.	224,—
Gr. Berl. Str.	129,—	Hallesche Masch.-Fabr.	307,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	390,00
Lux. Prinz Heinrich.-B.	202,50	Harpener Berg	198,—
Orientbahn	240,25	Jasper Eisen	138,25
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	—,—
Hambg. Paketfahrt	99,—	Höchster Farbw.	254,50
Hamburg-Südamerika	178,50	Hoesch Eisen u. Stahl	305,—
Hansa-Dampfschiff	237,—	Hohenlohe-Werke	107,—
Nordd. Lloyd	100,75	Humboldt-Masch.	195,50
Banken:		Ilse-Bergbau	—,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	276,—
Berl. Handelsges.	149,50	Kalw. Aschersleben	185,—
Comm u. Diskontobank	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	117,½	Kyffhäuserhütte	—,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	146,—
Deutsche Bank	216,—	Lauchhammer	146,—
Diskonto-Comm.	174,—	Linke Hofmann	200,—
Dresdner Bank	148,—	Ludwig Loewe u. Co.	242,—
Credit-Anst. Leipzig	—,—	Lothringer Hütte	103,—
Mitteld. Kreditbank	118,—	Mannesmannröhren	119,75
„ Privat-Bank	—,25	Oberschl. Eisenb.-Bed.	133,25
Nationalbank	—,—	do. Caro Hegd.	134,—
Oestrr. Kredit	—,—	do. Kokswerke	176,50
Reichsbank	134,50	Orenstein u. Koppel	185,—
Industrie-Aktien:		Phönix-Bergb.	187,—
Schultheiss-Brauerei	248,—	Rhein. Metall-Vorz.	145,—
Akt. f. Anilin	219,50	Rhein Stahlwerke	183,75
Allgem. Elektr.-Ges.	171,50	Riebeck. Montan	107,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rombacher Hütten	104,—
Anhalter Kohlenw.	153,—	Rositzer Braunk.	130,—
Annaberger Steingut	165,—	Rositzer Zucker	93,—
Badische Anilin	262,50	Sangerhäuser Masch.	250,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	137,50	Hugo Schneider u. Co.	123,—
Berl. Maschinenbau	204,—	Schuckert u. Co.	158,—
Bismarckhütte	179,25	Siemens u. Halske	182,25
Bochumer Gußstahl	188,—	Stettiner Vulkan	135,—
Chem. Fabrik Buckau	114,25	Stolberger Zink	233,—
Chem. Griesheim	192,50	Strals. Spielkarten	291,25
Chem. v. Heyden	210,—	Thale-Eisenhütte	170,25
Consolidation Schalke	206,—	Triptis-Akt.-Ges.	402,75
Crölwitzer Papierfabr.	206,50	Türkische Tabakregie	311,25
Daimler-Motoren	220,—	Ver. Köln-Rottweiler	255,50
Deutsch-Luxemburg	146,75	Glanzstoff Elberf.	146,25
Deutsche Ueberseeo-El.	218,—	Wegelin u. Hübner	200,—
Deutsche Erdöl	279,—	Worsch-Weissauf. Brk.	175,—
Deutsche Gasglühl.	317,—	Westeregeln-Alkali	115,75
Deutsche Kali	174,—	Wittener Gußstahl	272,—
Deutsche Waff. u. Mun.	200,50	Wrede-Mälzerei	143,—
Donnersmarckhütte	158,50	Zelch-Kriebitzsch. Brk.	140,—
Dörnigt u. Lehrmann	107,—	Zeitzer Masch.	
Dürkoppwerke	276,25	Zellstoff Walthof	
Elberfelder Farben	273,—	Otavi-Minen	
Felten u. Guilleaume	158,75		

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904161-18/fragment/page=0004